

Schweiz

Mehr Attacken gegen Juden

Beschimpfungen, Todesdrohungen, tätliche Angriffe: Vergangenes Jahr gab es deutlich mehr und vor allem aggressivere antisemitische Vorfälle in der Schweiz als 2013.

Raphaela Birrer
Bern

«Wir werden euch immer verfolgen - gestern, heute, morgen. Es grüsst Amon Göth und Julius Streicher. Schöne Grüsse aus Bergen Belsen und Auschwitz.» Das stand in einem Brief, den letzten November eine jüdische Familie in Zürich erhielt. Ende Juli 2014 klebte an einer Bushaltestelle in Zürich-Altstetten ein Zettel mit dem Spruch: «Hinter jedem Krieg steckt der Jude!» Und der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) erhielt 2014 diese Zuschrift: «Einmal mehr mordet der Judenstaat im Gazastreifen unschuldige Palästinenser. Am besten wäre, wenn die Juden die Schweiz verlassen würden, um in ihrem Land ebenfalls Krieg zu führen.»

66 solcher Vorfälle ereigneten sich letztes Jahr in der Deutschschweiz - fast dreimal mehr als 2013. Besonders während und kurz nach dem Gazakrieg im Sommer 2014 intensivierten sich hierzu die schriftlichen und verbalen Anfeindungen gegen Juden. Zweimal kam es sogar zu physischen Übergriffen. Das geht aus dem neuen Antisemitismusbericht des SIG und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) hervor. Die dokumentierten Vorfälle sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Immer häufiger und aggressiver werde auch im Internet, insbesondere in sozialen Medien, gegen Juden gehetzt, sagt SIG-Vizepräsidentin Sabine Simkhovitch-Dreyfus. Doch im Bericht könne dieser Hass unmöglich systematisch abgebildet werden. «Wie soll man 100 Likes auf Facebook für einen jüdenfeindlichen Spruch zählen?» Gegen die enthemmten Hassredner im Internet müsse konsequenter vorgegangen werden, fordert sie. Schliesslich werde teils offen zur Gewalt gegen Juden aufgerufen oder würden gar Todesdrohungen ausgesprochen.

Täter aus Mitte der Gesellschaft

Gegen 30 Anzeigen wegen Verstoßes gegen die Rassismustrafnorm haben alleine die beiden für den Antisemitismusbericht verantwortlichen Organisationen letztes Jahr eingereicht. In zahlreichen Fällen wurden bereits Geldstrafen von bis zu 5000 Franken gesprochen. Simkhovitch-Dreyfus hofft, dass die Strafen abschreckende Wirkung haben. Die Täter stammen längst nicht nur aus der Neonaziszene, sondern auch aus der Mitte der Gesellschaft. Gemäss einer aktuellen Studie des Forschungsinstituts GFS Bern hat jeder Zehnte in der Schweiz antisemitische Einstellungen.



In der Schweiz lebende Juden sehen sich vermehrt Beschimpfungen und Drohungen ausgesetzt. Foto: Vassil Donev (Keystone)

Nur ein Bruchteil dieser Personen äussert die rassistischen Vorbehalte öffentlich. Die Zahl verdeutlicht aber, wie verbreitet das Phänomen ist. «Latentes antisemitisches Gedankengut drängt oft erst unter dem Einfluss eines äusseren Ereignisses an die Oberfläche. Das war 2014 während des Gazakriegs der Fall», so Simkhovitch-Dreyfus.

Mit Besorgnis registrieren die beiden Organisationen, dass zunehmend junge Muslime jüdenfeindliche Äusserungen machen. «Ein grosser Teil der antisemitischen Posts auf Facebook stammt von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund», sagt GRA-Geschäftsführerin Leila Feit. Sie betont, dass daraus nicht auf eine generelle Einstellung geschlossen werden dürfe. Zudem seien Vorurteile und Hass gegenüber Juden auch unter Schweizern verbreitet. Dennoch ist der Entwicklung im Bericht ein Schwerpunkt gewidmet. Dazu schreibt der in Deutschland wohnhafte Psychologe Ahmad Mansour: «Der Antisemitismus ist im Alltag muslimischer Jugendlicher sehr präsent: auf Schulhöfen, auf Face-

book, auf Satellitensendern und in Foren. Das Wort 'Jude' ist bei ihnen ein Schimpfwort geworden.» Gründe seien die Erziehung und die Propaganda radikaler Gruppen. Prävention müsse auf verschiedenen Ebenen ansetzen, so der arabische Israeli, der mit muslimischen Jugendlichen arbeitet. In der Schule müsse über den Nahostkonflikt diskutiert werden. Und die muslimische Gemeinschaft müsse das Problem erkennen und thematisieren. Daniel Rickenbacher, der an der Universität Zürich über Antisemitismus forscht, sagt: «Wie überall in Europa ist das Phänomen auch unter Schweizer Muslimen verbreitet. Hierzulande wird der Antisemitismus von mehreren islamistischen Organisationen bewirtschaftet.»

«Eine emotionale Reaktion»

Hisham Maizar, Präsident der Föderation islamischer Dachorganisationen, räumt zwar ein, dass sich unter muslimischen Jugendlichen während der Gefechte im Gazastreifen jüdenfeindliche Äusserungen in den sozialen Medien ge-

häuft hätten. Er wehrt sich aber gegen die Darstellung, dass es sich dabei um eine grundsätzliche Tendenz handle: «Das waren emotionale, auf die Kriegssituation beschränkte Reaktionen. Es wäre gefährlich, deswegen von einem neuen Phänomen zu sprechen und Muslime zu Feindbildern zu machen.» Maizar verweist auf die gemeinsame Erklärung der Juden und der Muslime in der Schweiz. Im September riefen die Dachverbände zum Frieden auf. «Das zeigt: Die beiden Religionen sind in einem konstruktiven Dialog.»

Feit findet es wichtig, dass Gelegenheiten für Begegnungen zwischen Juden und Muslimen geschaffen werden. So leisteten etwa Dialogveranstaltungen einen Beitrag, um Jugendliche der beiden Religionen ins Gespräch zu bringen. Ihre Stiftung unterstützte zudem Reisen nach Auschwitz finanziell, die Sekundarschülern die Geschichte veranschaulichten. Gerade die Schule sei ein Schlüssel, wenn es um die Förderung des Verständnisses gehe. «Bei diesen Bemühungen gibt es durchaus noch Luft nach oben.»

Rohstoff-Lobby befürwortet strengere Regeln

Im Bundeshaus weihen Vertreter der Branche für eine Pflicht zu Sorgfalt. Kritiker rätseln über die Motive.

Philipp Loser

War das eine Aufregung im Bundeshaus. 90 zu 90, Stichtscheid Präsident, die Überraschung perfekt: Der Nationalrat nimmt eine Motion der Aussenpolitischen Kommission an, die eine Sorgfaltsprüfungspflicht in Umwelt- und Menschenrechtsfragen für Konzerne in der Schweiz verlangt. Applaus in der Wandelhalle, konsternierte Gesichter in der Saal. In der rechten Rathshälfte war klar: Da haben einige falsch gedrückt. Es war an der Baselpolier Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP), den Fauxpas zu korrigieren. Sie beantragte Rückkommen, bearbeitete ihre Fraktionskollegen und obsiegte: In der zweiten Abstimmung wurde die Sorgfaltsprüfungspflicht abgelehnt.

Dass diese Abstimmung vor einer Woche überhaupt so knapp ausgehen konnte, liegt auch an Stéphane Graber und der Swiss Trading and Shipping Association (STSA). Vor einem guten halben Jahr haben sich die drei regionalen Branchenvertreter der Rohstoffunternehmen zur nationalen Lobbyorganisation STSA zusammengeschlossen. Graber ist Generalsekretär der Vereinigung. Rund 150 Unternehmen vertritt die STSA, zwischen 10 000 und 12 000 Menschen sollen in der Schweiz im Rohstoffhandel involviert sein.

Eine Sorgfaltsprüfungspflicht in den Bereichen Menschenrechte und Umweltfragen würde speziell die Schweizer Rohstoffbranche treffen, die in den letzten Jahren durch grosse Verschwiegenheit aufgefallen ist. Umso erstaunlicher ist es, dass Graber den Vorstoss unterstützt hat. «Unsere Unterstützung ist ein klares Zeichen dafür, dass unsere Branche ihre Verpflichtungen anerkennt», erklärt Graber. Es gebe eine internationale Tendenz zur Unternehmensverantwortung. «Wir sind der Meinung, dass sich die Schweiz früher oder später anpassen wird.» Die STSA möchte eine «proaktive Rolle» spielen, wofür diese Motion eine passende Möglichkeit schien.

Gegner planen Initiative

Die Kritiker der Branche reagieren mit gemischten Gefühlen. Man nehme den Gesinnungswandel «freitrotz zur Kenntnis», sagt Oliver Classen von der Erklärung von Bern. «Aber noch wissen wir nicht, ob das ein Sololauf des Generalsekretärs oder tatsächlich ein neuer Standpunkt der Branche ist.» Bisher hätten sich die Firmen gegen jede Regulationen gewehrt. «Wenn sich die Branche nun für einen ethischen Wirtschaftsstandort einsetzt, umso besser.» Balthasar Glättli (Grüne, ZH), der sich schon länger kritisch mit der Branche beschäftigt, hat ein «ungutes Bauchgefühl». Es brauche eine konkrete Änderung der Praxis der Firmen, bevor er dem neuen Frieden trauge. Für Jacqueline Badran (SP, ZH) hingegen ist die Position Grabers glaubwürdig. «Für die Firmen ist Rechtssicherheit viel wichtiger als die exakte Ausgestaltung der Regulierung.» Die Branche möchte vor allem eines: Ruhe.

Die Abstimmung über die Motion war auch ein erster Stimmungstest für eine Volksinitiative von rund 50 NGOs, Aktionsverbänden und Gewerkschaften (darunter Amnesty International, Alliance Sud oder Greenpeace), die eine Konzernverantwortung fordert. Kern der Initiative ist eine Sorgfaltsprüfung für Menschenrechte und Umweltfragen. Die Prüfung umfasst eine Risikoabschätzung, Massnahmen zur Vermeidung und Beendigung allfälliger Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden und eine Berichterstattung darüber. Sammelstart ist der 1. Mai. «Die Debatte über die Motion war ein verheissungsvoller Start», meint Classen. Auf die Unterstützung der STSA darf er aber nicht hoffen. Man könne sich kaum vorstellen, die Initiative zu unterstützen, so Graber. Sie gehe weiter als die Motion. Classen bestreitet diese Aussage - bei beiden Vorlagen stehe die Sorgfaltsprüfung im Zentrum.

Ein FDP-Nationalrat will Mindestlohn für Nannys aufheben

FDP-Nationalrat Andrea Caroni stört sich am landesweiten Mindestlohn für Nannys. Die Regulierung sei ein Hindernis für die Berufstätigkeit von Eltern.

Markus Brotschi
Bern

Andrea Caroni und seine Partnerin bringen ihre einjährige Tochter ab und zu einer Tagesmutter in Herisau. Ursprünglich wollten sie das Kind bei sich zu Hause von der gleichen Frau gelegentlich betreuen lassen. Doch als der An-

walt und Nationalrat die Vorschriften studierte und rechnete, entschieden sie sich für die externe Betreuung.

Würde die Frau die Tochter im Hause Caroni betreuen, müsste sie mit mindestens 18.55 Franken pro Stunde oder rund 160 Franken pro Tag entlohnt werden. Schaut die Tagesmutter bei sich zuhause zum Töchterchen, gilt sie als Selbstständigerwerbende, für die es keine Lohnvorschriften gibt. Üblich sind dann Löhne von 4 bis 12 Franken pro Stunde; die von Branchenorganisationen empfohlenen Tagespauschalen für Tagesmütter liegen zwischen 50 und 80 Franken. Kurz und gut: Die Caronis müssten für die Betreuung bei sich zuhause doppelt so viel bezahlen. Die Tagesmutter erhält nun 100 Franken pro Tag. Ein Krippenplatz in Herisau koste 70 bis 75 Franken, sagt Caroni

«Nanny ist keine Tagesmutter»

Der Kostenunterschied liegt im landesweiten Normalarbeitsvertrag (NAV) für Hauswirtschaft begründet. Dieser legt für Tätigkeiten wie Putzen, Waschen, Kochen sowie die Mithilfe bei der Betreuung von Kindern, Betagten und Kranken einen Mindestlohn fest. Sobald die Arbeiten in einem Fremden Haushalt während mehr als fünf Stunden pro Woche ausgeführt werden, gilt der NAV.

Caroni hält es für widersinnig, dass der Ort der Betreuung für den Preis aus-

schlaggebend sei. Solche Regulierungen verteuerten die Kinderbetreuung und seien ein Hindernis für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Caroni verlangt deshalb mit einer Motion, dass die Betreuung von Kindern sowie allenfalls auch von Betagten und Kranken vom NAV ausgenommen werde. Wenigstens müsse der Bundesrat die Schwelle für die Mindestlohnschwelle auf 8 bis 10 Stunden pro Woche erhöhen.

Für Caroline Studer vom Kinderbetreuungs-Suchportal Betreut24.ch gibt es aber wesentliche Unterschiede zwischen der Arbeit als Tagesmutter im eigenen Haus und Kinderbetreuung in der Wohnung der Eltern. «Wer sein Kind bei sich zuhause betreuen lässt, beschäftigt eine Nanny und keine Tagesmutter», sagt die Juristin. Eine Tagesmutter könne ihren Tag im Unterschied zur Nanny selbst gestalten. Die Tagesmutter gehe ihren gewohnten Tätigkeiten im eigenen Haushalt nach und verbinde die Fremdbetreuung eines Kindes oft mit der Betreuung eigener Kinder. Eine Nanny mache fast immer auch noch Haushaltarbeiten bei der Familie, von der sie beschäftigt werde. Oft verfügten Nannys zudem über eine entsprechende Ausbildung für Kinderbetreuung. Deshalb sei eine höhere Entlohnung angebracht. Der Unterschied zwischen dem Lohn von Tagesmüttern und Nannys sei aber wohl tatsächlich zu hoch.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) begründet den Mindestlohn damit, dass «missbräuchliche Lohnbedingungen» durch «die wachsende Zahl zwangswanderter Betreuerinnen und Hausangestellten in privaten Haushalten» verhindert werden müssten. Für die Kinderbetreuung gelte der Mindestlohn nur, wenn auch im Haushalt gearbeitet werde. Für Au-Pairs und jugendliche Babysitter gilt der NAV nicht.



Andrea Caroni
FDP-Nationalrat

Caroni glaubt nicht, dass Eltern für die Kinderbetreuung auf «polnische Kurzaufenthalter setzen, sondern auf ihnen bekannte Personen». «Unsere Tagesmutter ist Schweizerin», sagt er.

Bei dem Gewerkschafter und SP-Nationalrat Corrado Pardini löst Caronis Vorstoss dennoch Kopfschütteln aus. «Dass ein Nationalrat einen Vorstoss in eigener Sache einreicht, ist schon speziell.» Es gebe keinen Grund, den NAV Hauswirtschaft aufzuweichen.

bezahlbare Kinderkrippen!
günstige Wohnungen!
konsequent für Grundrechte!

kantonAL überall!

Markus Bischoff in den
Regierungsrat.

AL
12.4.2015: Liste 10

